

Wie denken die Deutschen über den Nahostkonflikt?

„Israelfreunde“ haben mehr Vorbehalte gegen Juden als „Palästinafreunde“. Das geht aus dem Forschungsprojekt „Israelkritik: Umgang mit der deutschen Geschichte und Ausdifferenzierung des modernen Antisemitismus“ hervor. Ein Bericht

Von Rolf Verleger

Wilhelm Kempf war bis zu seiner Emeritierung 2012 Professor für Psychologie an der Universität Konstanz und dort Leiter der Projektgruppe Friedensforschung. 2008 bewilligte ihm die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) Gelder für ein Projekt zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen „Israelkritik“ und „Antisemitismus“: dem Verhältnis zwischen kritischer Einstellung zu Israels Politik und Abneigung gegen Juden. Vor rund zwei Jahren hatte ich über erste Ergebnisse des Projekts berichtet; nun sind die erhobenen Daten umfassend aufgearbeitet und liefern neue Erkenntnisse.

Als die Projektbewilligung Ende 2008 ruckbar wurde, schwirrten erregte Reaktionen durch das Internet. Die eine Seite befürchtete, dass dieses Projekt eine Unterfütterung der häufig zu hörenden Vorwürfe liefern würde, dass der wahre Grund für Kritik an Israel der ewige Antisemitismus sei. Auf der anderen Seite fanden sich auch Menschen, die gegen Kempf wegen seiner Beschäftigung mit diesem Fragenkomplex den Vorwurf des Antisemitismus erhoben, weil das Projekt den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Israelkritik leugnen könnte. Als ich – neugierig geworden – an Kempf schrieb, um Informationen aus erster Hand zu erhalten, hatte dies das unerwartete Ergebnis, dass er mich zum Berater im Projekt ernannte. So habe ich auf Besprechungen und in schriftlichem Austausch am Fortgang des Projekts teilhaben können.

Das Positive an der wissenschaftlichen Psychologie ist, dass sie neue empirische Befunde liefern muss. Auch und gerade über so emotional aufgeladene Fragen wie Antisemitismus sollte sie es nicht bei Spekulationen belassen, wie sie in Zeitungsredaktionen oder in Parlamentsdebatten angestellt werden. Daran hat sich Kempfs Projekt gehalten; eine Fülle neuer Daten sind erhoben und ausgewertet. Man kann sagen: Es sind interessante Dinge herausgekommen.

Die Hauptstudie des Projekts war eine im zweiten Halbjahr 2010 durchgeführte große Befragung zum Zusammenhang von Einstellungen gegenüber Juden und gegenüber Israel in der deutschen Bevölkerung. In Südbaden und Thüringen wurden circa 1.700 Personen befragt und daraus eine Stichprobe von circa 1.000 Personen herausgefiltert, die in Alter, Geschlecht und Bildung repräsentativ für die deutsche erwachsene Bevölkerung ist. Neben solchen demographischen Daten wurde auch die Parteipräferenz erfragt und vor allem: Einstellungen zur Verteidigung von Menschenrechten und zu ihrer Durchsetzung, zu Juden, zur Judenvernichtung durch Nazideutschland (Schlussstrich unter die Vergangenheit, Täter-Opfer-Umkehr), zum Zionismus, Faktenkenntnis über Israel, Einstellung zum Palästina-Konflikt, persönliche Betroffenheit vom Konflikt, Parteinahme für eine der beiden Seiten und Befürwortung von friedlichen oder gewaltsamen Mitteln bei dieser Parteinahme.

Um die Antwortschwelle der Probanden zu senken, wurden die Fragen zu Einstellungen nicht eingeleitet mit „Was denken Sie?“, sondern mit der Passage „Bitte geben Sie an, wie sehr Sie die folgenden Meinungsäußerungen für sachlich rechtfertigbar oder für ein unbegründetes Vorurteil halten.“ Es folgten dann die Fragen mit einer fünfstufigen Antwortskala von „gerechtfertigt“ über „teils-teils“ bis „Vorurteil“.

Zionismuskritiker gleich Antisemit?

Die Fragen bestanden unter anderem aus je drei Äußerungen zur Abneigung („Es ist besser, man hat mit Juden nichts zu tun“) und zur Ausgrenzung („Man sollte sich nicht auf Geschäfte mit Juden einlassen“). Die Zahl der Personen, die solche Äußerungen rechtfertigbar nannten, variierte je

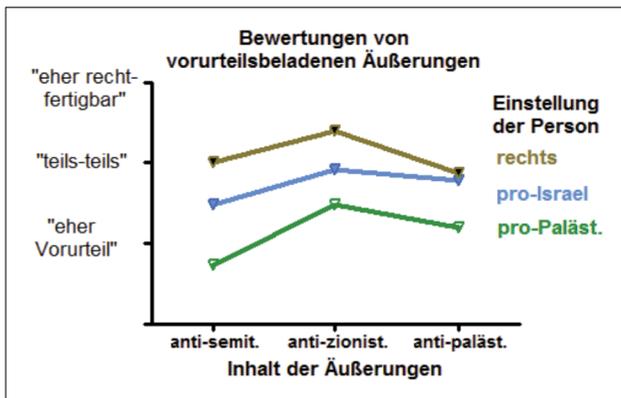
„Palästinafreunde“ haben mehr Kontakt zu Israelis als „Israelfreunde“. Im Bild: Demonstration in Frankfurt/Main gegen den Gaza-Krieg Anfang Januar 2009.



Foto: Jörg Hackemann/dreamstime

nach Äußerung; bei den beiden genannten Äußerungen lag sie bei 8% und 9% der Stichprobe. Höhere Zustimmungswerte erhielten zum Beispiel Äußerungen zu übermäßigem politischem Einfluss („Es gibt ein jüdisches

Interventionskräfte für gerechtfertigt.“ (46%), F) Nähe zum Konflikt, wie „Sind sie schon einmal in Israel gewesen?“ (8%) oder „In den Palästinensergebieten?“ (5%), G) Positionierung im Konflikt, wie „Es



Netzwerk mit großem Einfluss auf politische und wirtschaftliche Vorgänge auf der Welt“: 21%) und zum Blick nur noch nach vorn („Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen“: 48%).

Sind nun also 8% oder 48% der Bevölkerung antisemitisch? Kann man überhaupt annehmen, dass eine einheitliche Eigenschaft „Antisemitismus“ diesen Antworten zugrunde liegt? Um das zu klären, ist es offensichtlich sinnvoll, für jede Äußerung auszuwählen, ob Menschen, die diese Äußerung für rechtfertigbar halten, auch die gleichen Menschen sind, die die anderen Äußerungen für gerechtfertigt halten. Noch interessanter ist es auszuwählen, wie sich Menschen, die diese Äußerungen für gerechtfertigt halten, in anderen Fragen positionieren. In diesem Sinne war die Hauptfrage der Studie, wie die Zustimmung zu Äußerungen gegen Juden mit Antizionismus, mit der Einstellung zum Nahostkonflikt und mit generellen politischen Einstellungen zusammenhängt.

Die Fragen zum Antizionismus bestanden aus je drei Äußerungen zum „Israel-bezogenen Antisemitismus“ (zum Beispiel „Ohne die weltweite Macht des Judentums könnte sich Israel nicht so leicht über internationales Recht hinwegsetzen.“) und direkt zum „Antizionismus“ („Zionismus ist im Wesentlichen eine Art von Rassismus.“). Ungefähr ein Viertel der Befragten nannten dies rechtfertigbare Meinungen.

Sind diese Kritiker des Zionismus nun die gleichen Personen, die Vorbehalte gegen Juden äußern? Ein leitender Gedanke bei der Planung der Studie war, dass auch diese Frage nicht tief genug schürft: Es kommt darauf an, noch besser einzuordnen, was Leute denken, die den einen oder den anderen Meinungen zustimmen. Daher wurden auch Einstellungen abgefragt: A) gegen Israel, wie „Die Bundesregierung sollte Druck auf Israel ausüben, damit es seine Palästina-Politik ändert.“ (32% Zustimmung), B) gegen Palästina, wie „Die Hamas ist eine terroristische Organisation, mit der man nicht verhandeln darf.“ (31%), C) gegen den Islam, wie „Durch das Anwachsen der islamischen Bevölkerung fühlt man sich zunehmend als Fremder im eigenen Land.“ (25%), D) Menschenrechtsorientierung, wie „Es macht mich zornig, wenn ich erlebe, wie Minderheiten benachteiligt werden.“ (75%), E) Grenzen der Moral, wie „Wenn friedliche Mittel einen Konflikt nicht effektiv zu lösen vermögen, halte ich den Einsatz militärischer

de“ (Hauptgruppe 2) und „Palästinafreunde“ (Hauptgruppe 3).

Hauptgruppe 1: Die „Israelfreunde“ (31% der Stichprobe) nehmen Partei für Israel, haben relativ wenige Kenntnisse vom Nahost-Konflikt (nur jeder Fünfte hatte jemals persönlichen Kontakt zu Israelis und nur jeder Achte zu Palästinensern) und bevorzugen überwiegend eine gewaltsame Konfliktlösung. Diese Personen liegen sowohl bei den Fragen zu Antizionismus als auch bei Einstellung gegen Palästinenser im Mittelbereich, bei Antisemitismus im unteren Bereich, jedoch – verblüffenderweise – höher als die „Palästinafreunde“. Die Hauptgruppe „Israelfreunde“ besteht aus zwei Untergruppen: Die eine (11% der gesamten Stichprobe) scheint nicht genau angeben zu können, was sie will, die größere (20%) unterstützt deutlich Israel und bevorzugt die gewaltsame Konfliktlösung.

Hauptgruppe 2: Die „Rechtsstehenden“ (26%) nehmen eher Partei für Palästina als für Israel, sind teils für friedliche, teils für gewaltsame Konfliktlösung, haben durchgängig Vorbehalte gegen Zionismus und

	Israelfreunde	Rechte	Palästinafreunde
Persönlicher Kontakt mit Israelis	20%	28%	50%
Persönlicher Kontakt mit Palästinensern	13%	22%	39%

Die Prozentwerte sind Anteile an der Hauptgruppe (zum Beispiel 20% der Hauptgruppe 1 hatten Kontakt mit Israelis.)

	Hauptgruppe 1 Israelfreunde	Hauptgruppe 2 Rechte	Hauptgruppe 3 Palästinafreunde
CDU/CSU	32%	36%	32%
SPD	30%	25%	45%
FDP	35%	19%	45%
Grüne	29%	13%	57%
Linke	27%	21%	51%
NPD & Republikaner	15%	85%	0%

Parteipräferenzen der in der Studie von Kempf befragten Deutschen.

sollte von allen Beteiligten darauf hingearbeitet werden, dass die Israelis in eine angstfreie und friedliche Zukunft blicken können.“ (76%) oder „... dass die Palästinenser ein friedliches und selbstbestimmtes Leben führen können.“ (83%) oder „Israel ist unnachgiebig und versucht, die bestehenden Verhältnisse mit Gewalt aufrecht zu erhalten.“ (53%) oder „Die palästinensische Führung ist zu Kompromissen nicht bereit und versucht, ihre Maximalziele ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen.“ (37%), H) Chancen von Krieg oder Frieden, wie „Mit Konsequenz und militärischer Stärke kann die Existenz Israels langfristig gesichert werden.“ (16%) oder „Durch konsequenten bewaffneten Widerstand kann ein palästinensischer Staat erzwungen werden.“ (7%) oder „Die Rückkehr zu den Grenzen von 1967 würde für Israel ein großes Sicherheitsrisiko darstellen.“ (21%).

31% Israelfreunde, 26% Rechte, 44% Palästinafreunde

Mit einer „latent class“-Analyse (einem mathematischen Klassifikationsverfahren) wurden nun die circa 1.000 Befragten der repräsentativen Stichprobe aufgrund ihrer Antwortmuster zu den oben aufgezählten Themen in Gruppen eingeteilt. Es ergaben sich neun Gruppen, die man zu drei Hauptgruppen zusammenfassen kann, nämlich – sehr plakativ ausgedrückt – „Israelfreunde“ (Hauptgruppe 1), politisch „Rechtsstehen-

den). Diese Hauptgruppe teilt sich in fünf Untergruppen: Gruppe 3.1 möchte strikt friedliche Mittel (6% der gesamten Stichprobe), Gruppen 3.2 und 3.3 schwanken zwischen Unterstützung friedlicher und gewaltsamer Mittel (34%), Gruppen 3.4 und 3.5 plädieren für gewaltsame Mittel (4%). Gruppe 3.1 hat wenig Kenntnis und emotionale Bindung zum Konflikt und hält die Menschenrechte mäßig hoch; all dies steigt in den Gruppen 3.2, 3.3, 3.5, 3.4 (in dieser Reihenfolge) massiv an. Gruppen 3.1 bis 3.4 haben die wenigsten Vorbehalte gegen Juden von allen Befragten, nur Gruppe 3.5 liegt etwas höher und bewegt sich auf dem Niveau der Israelfreunde (Hauptgruppe 1). Nicht nur sind die Gruppen 3.1 bis 3.4 der Palästinafreunde weniger antisemitisch als die Israelfreunde, die Gruppen 3.1 bis 3.3 sind auch eher weniger antizionistisch als die Israelfreunde; erst in den Gruppen 3.4 und 3.5 steigt dies an.

Welche Partei wählen die Befragten?

Kempfs Team fragte auch mittels der „Sonntagsfrage“ („Wenn morgen Wahlen wären ...“) nach Parteipräferenzen. Die Antworten bestätigten die inhaltliche Klassifikation in die drei Hauptgruppen: Zum Beispiel von den (wenigen) NPD- und „Republikaner“-Anhängern hatte die latent-class-Analyse aufgrund ihrer Antwortmuster 85% in die „rechte“ Hauptgruppe 2 eingeordnet und keinen in die Hauptgruppe 3 der menschenrechtsorientierten „Palästinafreunde“.

Die Parteipräferenzen zeigen auch, warum sich die großen Parteien so schwer tun, eine eindeutig Position zum Nahostkonflikt zu beziehen: Zwar ist in allen Parteien außer der

„Die Gegner der israelischen Politik sind nicht primär Kritiker Israels; vielmehr sind sie diejenigen, die Israel am besten kennen.“

CDU (und der NPD) die Mehrheit für Palästina (45% bis 57%), aber es gibt auch jeweils die Gruppe von circa 30% Israelfreunden. Außerdem müssen die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD mit größeren Anteilen Rechtsgesinnter klarkommen (36% und 25% ihrer Wähler), die gegenüber allen Beteiligten am Nahostkonflikt Vorbehalte haben.

„Vorurteil“ und „Interesse“ sind ausschlaggebend

Eine Sichtweise in der veröffentlichten Meinung – von Medien, Politikern, Vertretern jüdischer Organisationen – besagt, (A) dass es auf der einen Seite die „anständigen Deutschen“ gebe, auf der anderen Seite die „Antisemiten“, dass (B) „Israelkritik“ zwar legitim sei, wenn sie in Maßen erfolge, aber leicht Ausdruck eines „neuen Antisemitismus“ sein könne – insbesondere wenn sie nicht in Maßen erfolge – und daher dann illegitim sei, und dass daher (C) das Fehlen oder Vorhandensein übermäßiger Israelkritik ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen anständigen und antisemitischen Deutschen sei.

Die Studienergebnisse zeigen, dass diese Sichtweise an der Realität vorbeigeht. Es gibt zwar Menschen mit Vorbehalten gegen Juden („Rechtsstehende“), denen eine große Gruppe „anständiger“ Deutscher gegenübersteht („Palästinafreunde“). Jedoch haben beide Gruppen Vorbehalte gegen Israel – dies unterscheidet nicht diese Gruppen. Und, um die Verwirrung noch zu vergrößern: Die Gruppe ohne Vorbehalte gegen Israel (Hauptgruppe 1) hat mehr Vorbehalte gegen Juden als die Palästinafreunde (Hauptgruppe 3).

Nun könnten die Vertreter der besagten Sichtweise sagen: Die Palästinafreunde seien ebenso antisemitisch wie die Rechten; sie habe nur einfach die Vorbehalte gegen Juden durch die Vorbehalte gegen Israel ersetzt. Unerklärlich für diese Sichtweise ist nun aber, dass genau diese Gruppe die meisten persönlichen Kontakte sowohl mit Israelis als auch mit Palästinensern hat: Wenn das „Antisemiten“ sind, mit Vorbehalten gegen Israel, warum haben sie dann mehr Kontakt mit Israelis als die „anständigen“ Israelfreunde? Auch sind

die Menschen mit Vorbehalten gegen Juden und gegen Israel (Hauptgruppe 2) nicht etwa Parteiliche Palästinas, sondern haben genauso große Vorbehalte gegen Palästinenser und Moslems wie gegen Juden und Israel. Die Sichtweise, dass all diese Einstellungen durch unterschiedliche Ausprägungen und Formen von Antisemitismus verursacht werden, kann die erhobenen Daten nicht erklären.

Ein realitätsnäheres Modell anhand dieser Daten ist: Etwa ein Viertel der Deutschen ist für „rechte“ Stimmungen gegen Moslems und Juden anfällig. Drei Viertel der Deutschen hegen solche Vorbehalte nicht. Diese drei Viertel teilen sich bezüglich des Nahostkonflikts ein in ein rundes Viertel der Deutschen, die relativ wenig Kenntnis des Konflikts haben und daher aus allerlei Motiven Israel zu unterstützen scheinen und der knappen Hälfte der Deutschen, die mehr über diesen Konflikt wissen, sich aktiv informieren, für die Gerechtigkeit Partei nehmen und daher für die Palästinenser Partei ergreifen.

Das heißt, die Einstellungen zu Juden und Israel in der deutschen Bevölkerung sind nicht auf eine Dimension („Antisemitismus“) zurückführbar, sondern auf die zwei Dimensionen, ob man Vorbehalte gegen Andere hegt oder nicht („Vorurteil“) und ob man sich für den Nahostkonflikt und die daran beteiligten Menschen interessiert oder nicht („Interesse“). Die israelische Position wird unterstützt von Personen mit einem Mittelmaß an Vorurteilen gegen Andere und relativ wenig Interesse am Nahostkonflikt. Die palästinensische Position wird unterstützt von Personen mit wenig Vorurteilen gegen Andere und viel Interesse am Nahostkonflikt. Quer dazu stehen Personen mit vielen Vorurteilen gegen Andere und wenig Interesse am Nahostkonflikt, die je nach Ausprägung der Vorurteile zumeist mehr gegen Israel als gegen Palästina Position ergreifen.

Die deutsche Politik: Luftschloss-Interpretation

Die deutsche Politik gibt sich sowohl israel-freundlich als auch friedensorientiert. Diese Position ist aber in der realen Meinungswelt der Bevölkerung nicht vorhanden. Diese fehlende Verankerung in der Bevölkerung kann man auf zwei Weisen bewerten. Auf der einen Seite kann man die Positionierung der deutschen Politik als einen Versuch ansehen, die Realität hin zu dieser wünschbaren Position zu ändern. (Und wünschbar wäre diese Position in der Tat.) Auf der anderen Seite kann man diese Position aber auch als ein hohles Luftschloss ansehen, dessen wesentlicher Zweck es ist, den Blick von der Realität abzuwenden.

Für diese Luftschloss-Interpretation spricht der Umgang der Politik mit Kritik an der israel-freundlichen Position: Es werden routinemäßig Statements geäußert und Bundestagsdebatten abgehalten zur Gefahr des Umschlagens von Kritik an Israels Position in Antisemitismus und ganz schlicht zur Gleichsetzung von Kritik an Israel mit Antisemitismus. Jedoch, wie diese Umfrage zeigt: Für eine solche Gleichsetzung gibt es keinen Anlass. Allein schon der Begriff „Israelkritik“ ist ein ideologisches Konstrukt. Die Gegner der israelischen Politik sind nicht primär Kritiker Israels; vielmehr sind sie diejenigen, die Israel am besten kennen: Sie sind aufgrund dieser Kenntnis Palästinenserfreunde geworden, und so sollten sie genannt werden. Die realistische Sorge einer am Ziel eines gerechten Friedens ausgerichteten Politik müsste sein, die Unterstützer Israels von ihrem Kurs der Gewaltbereitschaft und der Ablehnung friedlicher Kompromisse abzubringen.

Die Befunde zum Fehlen einer pro-israelischen, friedensorientierten Position kommen nicht wirklich unerwartet, wenn man ein paar Diskussionen mit „Israelfreunden“ geführt hat. Trotzdem sind die Befunde erschütternd. Denn sie zeigen die Änderung in der Ausstrahlungskraft des Judentums. Streben nach Frieden und Mitmenschlichkeit war bis vor kurzem das Markenzeichen des Judentums. Diese Werte bestimmten auch die Hauptlinie des Zionismus unter Führung von Chaim Weizmann bis 1940: Diese Hauptlinie – selbstverständlich israel-freundlich, da für den Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina arbeitend –, verfolgte ihr Ziel grundsätzlich mit friedlichen Mitteln, ungeachtet des teilweise gewalttätigen arabischen Widerstands gegen das Projekt. Heute dagegen wird das Projekt „Israel“ von seinen Unterstützern als Antithese zu Friedfertigkeit und allgemeiner Menschenliebe verstanden.

Zum Autor

Rolf Verleger, geboren 1951 in Ravensburg, ist Professor für kognitive Neurowissenschaft und Neuropsychologie an der Universität Lübeck. Er war im Vorstand der Jüdischen Gemeinde Lübeck, im Landesverband Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein und im Zentralrat der Juden in Deutschland aktiv. Verleger ist Mitglied der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Sein Buch „Israels Irwege. Eine jüdische Sicht“ erschien 2010 in dritter Auflage.